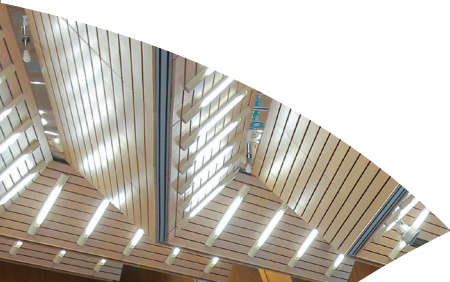


# FACHKONFERENZ 2015

5. – 6. Juni 2015, Berlin

Will und kann Parteipolitik die Arbeitnehmerinnen und  
Arbeitnehmer zurückgewinnen?



## Vorwort

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Jüngere wissenschaftliche Untersuchungen weisen einen dramatischen Vertrauensverlust vieler Menschen gegenüber „der Politik“ und „den Parteien“ nach. Eine rückläufige Wahlbeteiligung und der Erfolg einer neuen politischen Rechten (AfD, Alfa) kommen darin zum Ausdruck. Aber auch die Volksparteien haben an Bindekraft verloren. Die SPD hat zur Bundestagswahl 2013 nur noch 25,7 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wählen sozialdemokratisch.

Wie haben sich die politischen Haltungen, die Wünsche und Erwartungen der abhängig Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung in den vergangenen Jahren verändert? Haben Parteien die Veränderungen in ihrer Breite zur Kenntnis genommen? Wie sieht die Zukunft einer erfolgreichen arbeitnehmernahen Politik aus und welche Rolle spielen Gewerkschaften dabei? Über diese und weitere Fragen haben wir auf der Juni-Fachtagung des Kasseler Kreises 2015 in Berlin miteinander diskutiert. Die Förderung des kritischen Dialogs zwischen Gewerkschaften und Politik und der gemeinsame Austausch über wichtige aktuelle Themen ist das Hauptanliegen des „Kasseler Kreis – Forum sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter e.V.“, eines Zusammenschlusses haupt- und ehrenamtlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus allen Einzelgewerkschaften und dem DGB, die in der Sozialdemokratie aktiv sind.

Mit der gemeinsamen Fachtagung möchten die Friedrich-Ebert-Stiftung und der Kasseler Kreis – FSG e.V. diesen Dialog-Anliegen aufgreifen und unterstützen. Die Ergebnisse der Fachtagung legen wir Euch mit dieser Broschüre vor. Wir danken allen FachreferentInnen und TeilnehmerInnen für ihre aufschlussreichen und spannenden Beiträge.

Eine ebensolche Lektüre wünscht Euch Euer

### Knut Lambertin

Vorsitzender Kasseler Kreis – Forum sozialdemokratischer GewerkschafterInnen e.V.

### Liebe Leserin, lieber Leser,

die voranschreitende Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeit sowie die Folgen des demografischen Wandels erhöhen den politischen Handlungsbedarf. Leistungs- und Chancengerechtigkeit stehen zu Recht im Fokus. Hier treffen Anforderungen und Wünsche durch die ArbeitnehmerInnen selbst immer wieder auf Ideen, Ziele und Forderungen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Aber auch der soziale Ausgleich zwischen den Generationen darf nicht aus den Augen geraten; zugleich bedarf es einer deutlicheren politischen Empathie für alle jene, die als „arbeitende Mitte“ mit verdichteten Lebens- und Arbeitssituationen konfrontiert sind.

Die Politik kann und muss hier für entsprechende Rahmenbedingungen sorgen.

Die Förderung des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Politik stellt eines der zentralen strategischen Ziele der Friedrich-Ebert-Stiftung dar. Der Kasseler Kreis bietet genau diesem Dialog ein Forum, in dem wir uns gerne engagieren und gemeinsam nach Themen und Lösungen suchen.

Dr. Andrä Gärber | Abteilungsleiter Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung

Seite Inhaltsverzeichnis

3 Vorwort

6 „Soziale Demokratie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
verwirklichen“ Dr. Thomas Meyer

9 „Ziele arbeitnehmerinnen-orientierter Politik formulieren und  
bewerkstelligen“ Knut Lambertin

10 Austausch Dr. Thomas Meyer, Michael Vassiliadis

13 Plenumsdiskussion

16 „Arbeit, Gerechtigkeit, Politik. Wie haben sich die Ansprüche von  
Beschäftigten und InteressenvertreterInnen geändert?“ Dr. Wolfgang Menz

20 Return Dennis Buchner

22 Plenumsdiskussion

26 Arbeitsgruppen-Ergebnisse

28 „Von alten Beziehungen und pluralisierten Partnerschaften  
– Das Verhältnis von Parteien und Gewerkschaften im Wandel“  
Dr. Christian Neusser

32 Return Thomas Fischer

34 Plenumsdiskussion

37 „Fachtagung Kasseler Kreis – Ergebnisse und Ausblick“  
Stephanie Albrecht

38 Impressum

## „Soziale Demokratie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verwirklichen!“

Prof. Dr. Thomas Meyer Stellv. Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD und Chefredakteur  
NEUE GESELLSCHAFT/ FRANKFURTER HEFTE



Liebe Genossinnen und Genossen,  
die oben genannte Forderung umfasst ein wichtiges Thema und kommt zum richtigen Zeitpunkt. Dazu und anlässlich des 125 jährigen Bestehens der IG BCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) zunächst ein kurzer Blick zurück, in die Geschichte.

Anders als in England wurden die Gewerkschaften in Deutschland in großer Nähe zu Parteibündnissen gegründet. Hieraus ergab sich eine gewisse Rollenteilung zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaft. Befasste sich die Partei vornehmlich mit der programmpolitischen Strategie und Zielsetzung, agierten die Gewerkschaften vor allem im Sinne realpolitischer Umsetzung. Diese Rollenteilung schlug sich auch im Erfurter Programm von 1891 nieder, dass sich in zwei maßgebliche Ansätze unterteilen lässt: Einen, der die Theorie vom Zusammenbruch des Kapitalismus und den daraus folgenden Sozialismus zitiert. Und einen, der sich mit politischen Rahmenbedingungen wie Wahlrecht, Absicherung etc. für die Arbeitnehmer-schaft befasst.

### Partei befasste sich mit Strategie, Gewerkschaft mit Umsetzung.

Noch vor dem 1. Weltkrieg, anhand der Massenstreikdebatte um 1900, mündeten diese unterschiedlichen Ansätze in einen Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaft. Dieser wurde 1906 mit dem Mannheimer Abkommen beigelegt, das die grundsätzliche Gleichberechtigung beider Flügel (Rollen) definierte und die Gewerkschaften fortan als eigene von der Partei unabhängige Organisationen festschrieb.

Im Zuge der Novemberrevolution von 1918/19 gewannen die Sozialdemokraten politisch die Oberhand und konnten maßgebliche Weichen stellen: Der Belagerungszustand und die Zensur wurden aufgehoben, das allgemeine Wahlrecht ab 20 Jahren (erstmalig auch für Frauen) wurde eingeführt, politisch Inhaftierte erhielten Amnestie und neue Bestimmungen zur Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit wurden erlassen. Unter Federführung der Gewerkschaften

entstand das Arbeitsgemeinschaftsabkommen in dem der 8-Stunden-Tag vorgeschrieben und Leistungen der Erwerbslosenfürsorge, der Sozial- und Unfallversicherung ausgeweitet wurden. All diese Ansätze mündeten im August 1919 in die neue Weimarer Verfassung, in deren Folge die volkdemokratische Einflussnahme auf Markt und Kapitalismus entstand, so wie wir sie grundsätzlich bis heute erleben.

Die endgültige Machtergreifung der Faschisten und der Zweite Weltkrieg beendeten den politischen Einfluss der Sozialdemokratie und auch die Gewerkschaften wurden verboten. Nach 1945 entstanden im Gegensatz zu den früheren, parteipolitisch abhängigen Richtungs-gewerkschaften die unabhängigen Einheitsgewerkschaften. Von Anfang der 1960er bis in die 1990er Jahre waren diese einer der bestimmenden politischen Akteure in der Bundesrepublik Deutschland. Diese auch konstituierende Rolle der Gewerkschaften trug maßgeblich zur festen Institutionalisierung einer Wirtschaftsdemokratie in Deutschland bei.

### Nach 1945 entstanden partei-unabhängige Einheitsgewerkschaften.

Im Gegensatz zum sozialistischen Ansatzes der „Domestizierung“ von Privateigentum und Markt im Sinne des Erfurter Programms, manifestierte das Godesberger Programm von 1959 bis 1989 den Wandel der SPD von der Arbeiter- zur Volkspartei mit dem Bekenntnis zur marktwirtschaftlichen Demokratie. Gesellschaftlich waren diese Jahre geprägt von einer Humanisierung und Ökologisierung der Arbeitswelt, was sich in politischen Mehrheiten für die SPD und die Gründung der Grünen widerspiegelte. Ab den 80er Jahren änderte sich jedoch der gesellschaftliche Fokus: Immer mehr verloren Politik und Parteien ihren Status als richtungs- und zukunftsweisende Garanten mit Einfluss auf Ökonomie und Alltag. Stakeholder wie das aufgeklärte Bürgertum und die Arbeiterbewegung, die noch heute ca. 45% des Wählerpotenzi- als darstellen und Willi Brandt von 1969 bis 1974 an die Regierung brachten, sind zwar noch vorhanden, verteilen ihr Machtpotenzial aber auf heute deutlich mehr Parteien, oder haben sich von politischer Einflussnahme durch Wahlen abgewandt.

### Ab 1980 verloren Parteien ihren Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft.

Was bedeutet diese kurze historische Analyse für heutige sozialdemokratische Politik im Sinne der ArbeitnehmerInnen? Im Gegensatz zu einem gesellschaftspolitisch multidimensionalen Gefüge ist das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften heute zunehmend eindimensional. Hinzu kommt, dass das allgemeinpolitische Mandat der Gewerkschaften durch den Wandel der Arbeitswelt und den Mitgliederschwund stark gelitten hat. Doch auch in der SPD stehen den politischen Ämtern immer weniger GenossInnen gegenüber, die sie ausfüllen wollen und können. Diese Eindimensionalität und den Mandatsverlust aber dürfen wir nicht länger hinnehmen.

## Rolle der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist neu zu klären.

Um einen Wandel im Sinne solider politischer Mehrheiten herbeizuführen, bedarf es vier wesentlicher Dimensionsschritte:

- Es muss wieder einen Gleichklang in der Politik zwischen SPD und Gewerkschaften geben.
- Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen wieder Mitglied in der Partei sein.
- Die Partei braucht ein gewerkschaftsnahes, arbeitnehmerfreundliches Wahlprogramm.
- Im Konzept der sozialen Demokratie müssen Gewerkschaften wieder Träger einer Wirtschaftsdemokratie sein.

Hiermit müssen wir uns heute und in Zukunft verstärkt auseinandersetzen, wenn wir die Rolle der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften im Sinne einer Stärkung neu definieren wollen.

## „Ziele arbeitnehmerorientierter Politik formulieren und bewerkstelligen!“

Knut Lambertin Vorsitzender Kasseler Kreis – FSG. e.V.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
der Kasseler Kreis – Forum sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter e.V. wurde vor 10 Jahren in einem Wohnzimmer in Kassel gegründet. Das Anliegen des Kasseler Kreises ist die Förderung des kritischen Dialogs zwischen Gewerkschaften und Politik und der gemeinsame Austausch über wichtige aktuelle Themen. Auch für die Friedrich-Ebert-Stiftung stellt die Förderung des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Politik eines der zentralen strategischen Ziele dar. Mit der heutigen gemeinsamen Fachtagung möchten die Friedrich-Ebert-Stiftung und der Kasseler Kreis dieses Anliegen aufgreifen und unterstützen.

Auf dem letzten Treffen im November 2014 wagten wir eine soziologische Annäherung an das Thema SPD und Arbeiterbewegung, auf dem wir uns leider in Individualmeinungen und ja – auch persönlichen Disputen verloren haben. Doch nichts geschieht umsonst, und so konnten wir feststellen, dass wir mit dem Thema auch ideologische Bereiche wie Neoliberalismus, Betriebssyndikalismus und Pluralismus streifen. Dies ist vielerorts auch auf fehlende Schulungen zu Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung zurückzuführen und macht einen gemeinsamen Weg in punkto Strategie und Zielfindung von Partei und Gewerkschaft nicht einfacher.

### Parteikompass zeigt auch heute in Richtung Arbeiterbewegung.

Doch der Kompass der SPD mit den Anliegen Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zeigt nach wie vor sehr stark in Richtung Arbeiterbewegung, auch wenn gemessen an der gemeinsamen Geschichte kurzfristige strategische Ausreißer wie die Agenda 2010 und Hartz IV, so manche an der Grundrichtung der SPD haben zweifeln lassen. Dieser "Moment" der Verwirrung ist jedoch vorbei. Und eine über 125 jährige Tradition ist nicht so leicht über Bord zu kippen, wie die gemeinsame Geschichte beispielsweise der IG Bergbau, Chemie, Energie und der Sozialdemokratie in Deutschland zeigt.

## KAMINGESPRÄCH „125 Jahre Partnerschaft: Ende in Sicht?“

Moderation: Katharina Gerlach

Podium: Michael Vassiliadis Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie  
Prof. Dr. Thomas Meyer Stellv. Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD



**K.Gerlach:** Wir haben jetzt viel gehört zum Thema politische Geschichte und Tradition. In der Arbeitswelt erleben wir heute ein Zeitalter der beschleunigten technischen Innovation. Wie geht das zusammen - ist das nicht ein Widerspruch in sich?

**M.Vassiliadis:** Im Bereich der gewerkschaftlichen Arbeit bringt die IG BCE die klassischen Attribute wie einen hohen Organisationsgrad, starke Tarifverträge und einen einheitlichen betrieblichen Handlungsrahmen mit sich – ganz im Sinne gewerkschaftlicher Tradition und Verlässlichkeit. Im Gegensatz dazu erleben wir in unserer Arbeitswelt ein konstant hohes Maß an Innovation, die neue Techniken und Veränderungen in allen Arbeitsbereichen mit sich bringt. Diese beiden Pole gehen jedoch bei der IG BCE gut zusammen, da Gewerkschaft und Belegschaft ein hohes Maß an Offenheit besitzen. Problematisch wird es erst an den Punkten, an denen wir – und die Partei – nicht so stark sind, wie wir tun. Hier fehlt es an einer gemeinsamen Analyse der Machbarkeit, zu Stärken und Schwächen und erfolgversprechenden Handlungsoptionen.

**K.Gerlach:** Heißt das, wir brauchen zunächst eine Selbstanalyse, einen Ist-Bestand in Bezug auf eigene und gemeinsame Stärken?

**M.Vassiliadis:** Zum Teil wäre hier sicher schon einmal mit einer reinen Bestandsaufnahme der Mitgliedschafts-Zahlen geholfen. Die Frage, wie stark sind Partei und Gewerkschaft, kann durchaus eine entscheidende Rolle spielen. Wir müssen auch genauer analysieren, welche Rolle das für unsere Strategie und deren Umsetzung spielt, welche Auswirkungen hatten und haben gesunkene Mitgliederzahlen im politischen Zielbild?

**K.Gerlach:** Welche Rolle spielt für Sie, spielt für die SPD, die Zahlenstärke ihrer Mitglieder?

**Prof. Dr. Th. Meyer:** Die SPD hat heute nur noch die Hälfte der Mitglieder als zu Willi Brandt's Zeiten, also etwa 430.000. Hierfür gibt es verschiedene Gründe, aber Grund Nr.1 ist die Agenda 2010, die eine entscheidende Rolle in der neueren Parteigeschichte spielt, da sie zu einem massiven Vertrauensverlust der traditionellen Zielgruppen in die SPD geführt hat. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutete die Agenda mit Hartz IV als Herzstück den Verlust einer Schutzmacht im Bereich der Erwerbstätigkeit.

**M.Vassiliadis:** Ich kann dem nur zustimmen. Und wenn eine Partei derart an Mitgliedern verliert, werden operative Akteure zu Themensetzern, deren Handlungen im Tagesgeschäft überproportional an Bedeutung gewinnen, deutliche Markierungen setzen und so am Ende auch die Thesendebatte bestimmen.

**Prof. Dr. Th. Meyer:** Richtig, im modernen Medienzeitalter aber bestimmen nicht mehr Thesen die Debatte sondern nur noch Themen. Aber noch einmal kurz zurück zu den Gründen für den Mitgliederverlust. Grund Nr.2 findet sich in der neuen Ablehnung von "Massenorganisationen" vor allem durch junge Leute, die sich heute eher in kleinen, überschaubaren Einheiten organisieren, weil ihnen diese kontrollierbarer und im Ergebnis messbarer erscheinen als die alten Großorganisationen.

**K.Gerlach:** Bedeutet dies also das Ende von Partei und Gewerkschaft, die ja auf Masse angewiesen sind?

**M.Vassiliadis:** Moment, in dieser Debatte geht es ja nicht um eine finale Prognose, sondern um eine Analyse der Situationen und Zusammenhänge, die uns dahingeführt haben. Und die IG BCE verzeichnet noch Wachstum. Das ist mühsam erkämpft, aber zielführend, weil wir Wachstum selbst wieder in den Fokus gestellt haben. Diesen Weg muss auch die SPD wieder gehen, dann ist sie auch erfolgreich.

**Prof. Dr. Th. Meyer:** Vor dem Hintergrund, den ich in Grund Nr.2 geschildert habe, dass junge Leute heutzutage vor allem konkrete und überschaubare Interessen verfolgen, haben es Gewerkschaften natürlich einfacher als eine Partei, die zunächst einmal „nur“ ein ideologisches Konzept ist. Versuche eine junge Klientel zum Mitmachen zu gewinnen, ohne direkt eine Mitgliedschaft anzustreben, waren jedoch wenig wirksam. Eventuell liegt der Schlüssel zum Wachstum für die SPD in der aktiven Bearbeitung von Lebenswelten vor Ort.

**M.Vassiliadis:** Aus meiner Sicht liegt das auch daran, dass die SPD zu sehr um sich selbst kreist. Unsere Erfahrung zeigt, wenn Gewerkschaften das machen, treten die Menschen aus. Außerdem setzen wir vor allem auf bereits politisierte Jugendliche, und übrigens nicht unbedingt nur aus

sozialdemokratischen Kreisen. Wir haben festgestellt, dass wir mit diesen Jugendlichen besser arbeiten können, als mit unpolitischer Klientel, dass in keiner Partei organisiert ist. Trotzdem muss man auch diese Leute sehr gezielt ansprechen, sie kommen nicht von allein auf uns zu.

**Prof. Dr. Th. Meyer:** Aber wichtiger für eine Partei – für die SPD – erscheint mir doch ein klares, politisches Profil. Dem steht die große Koalition entgegen, die viele unserer Positionen verwässert. Und man muss Leute haben, die dieses politische Profil, diese Positionen, real und authentisch verkörpern statt sie nur besonders gut zu kommunizieren. Die Umsetzungsgewähr liegt mehr im Sein als im Schein. Statt advokatorischer Vertreter brauchen wir mehr praktische Verkörperer, denn das wichtigste Kapitel im politischen Kontext ist Vertrauen. Dieses Vertrauen ist nachhaltig verletzt, was nicht zuletzt durch die Medien auch immer wieder befeuert und somit immer weiter getragen wird.

**K.Gerlach:** An diesem Punkt würde ich gerne die Diskussion mit den Tagungs-TeilnehmerInnen eröffnen. Und zwar mit der Frage: Wie kann eine Win-Win-Situation zwischen SPD und Gewerkschaften aussehen?

## Plenumsdiskussion



### Mehr Schulung gleich mehr und bessere Mitglieder?

In meinen Parteizusammenhängen vor Ort hatten wir einmal mehr als 1.000 Mitglieder, heute sind es nur noch rund 300. Neue Gewerkschaftsmitglieder werden vor Eintritt zu ihrer Haltung gefragt und nach Eintritt im Sinner einer politischen Alphabetisierung geschult. Das wird in der Partei nicht gemacht. Wir erlauben fast jedem, Parteimitglied zu werden, ohne dass klar ist, ob Neumitglied und Partei eigentlich dieselben Ziele haben.

**Prof. Dr. Th. Meyer:** Wir haben in den gewerkschaftlichen und parteinahen Stiftungen und Akademien viele gute Schulungsangebote für alle Ebenen der Ausgangs-Politisierung.

**M. Vassiliadis:** Auch bei uns Gewerkschaften gibt es inhaltliche Parameter, die durch Minuswachstum und Agenda 2010 verloren gegangen sind.

### Ist die Große Koalition wirklich sinnvoll?

Ich denke wir müssen noch einmal zum Ausgangspunkt des Gespräches zurück, in dem Michael Vassiliadis gefordert hatte Wachstum zu schaffen und Thomas Meyer dafür plädiert hatte, weitere Austritte zu verhindern. Es stehen also Themen wie Mindestlohn und Betriebsvereinbarungen als Einlöser für Mitglieder-Gewinnung solchen Themen wie Hartz IV, Tarifeinheitsgesetz als Auslöser für Mitglieder-Verlust gegenüber. Meine Frage ist, ob es immer nur um die Große Koalition geht, oder ob nicht die Entscheidung für eine eigene SPD- Position mehr im Fokus stehen sollte?

**Prof. Dr. Th. Meyer:** Die SPD ist heute notwendigerweise eine Kompromisspartei, aber hierbei muss es auch Grenzen geben.

**M. Vassiliadis:** Wenn die Partei zu Sachthemen keine Position zeigt, ist sie gezwungen sich Stimmungen zu unterwerfen. Hier wehren sich Gewerkschaften, die näher an den Sachthemen dran sind.

## Geht Arbeitnehmerpolitik nur mit der SPD?

Das Problem liegt ja nicht nur in der Halbierung der Mitgliedschaft, die übrigens nicht nur die Partei sondern auch die Gewerkschaften betrifft. Eine Politik im Sinne der ArbeitnehmerInnen geht ja schließlich nicht mit jeder Partei. Daher kann die SPD nicht ohne Gewerkschaften und die Gewerkschaften können nicht ohne SPD.

## Gilt das Motto für Mitglieder der IG BCE „Wir stehen hinter dir“ auch für die SPD?

Der IG-Imagefilm wird gezeigt. Die Kernaussage des Filmes ist doch, „Wir stehen hinter dir!“  
Wir könnte dieser Satz für die SPD lauten?

M. Vassiliadis: Was mich für die SPD konditioniert hatte ist heute auf ein Mindestmaß an Übereinstimmung geschrumpft - eigentlich bis auf die Gerechtigkeitsdebatte. Auf den Beschäftigten liegen Lasten wie die rasende Veränderung der Arbeitswelt, die hohe Besteuerung, die Familie und so weiter. Wenn sich Gewerkschaften nur um Tarife und Löhne kümmern, ist denen das zu wenig. Ergo müssen SPD und Gewerkschaften gemeinsam an gesellschaftlichen Prozessen und Veränderungen arbeiten.

Die Herausforderungen der Arbeit 4.0 sollten ein gemeinsames Thema sein, denn diese muss kollektiv und im Sinne der ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer gestaltet werden. Gute Arbeit bleibt das Ziel. Themen wie Wahl- und Lebensarbeitszeit, eine gesunde Arbeit, Datenschutz und lebenslange Weiterbildung rücken in den Fokus und sollten von Gewerkschaften und SPD – auf den unterschiedlichen Ebenen – gemeinsam angegangen werden.

Prof. Dr. Th. Meyer: Die SPD sollte sich wieder in einer Linie hinter die ArbeitnehmerInnen stellen. Doch der Ansatz, die SPD wieder zu einer Gewerkschaftspartei zu machen erscheint mir zu simpel. In den 80er Jahren kamen die großen Vorreiter unserer Industriegesellschaft aus den Reihen der Die Attraktivität unserer Politik damals war das Ergebnis intensiver Debatten und solcher Persönlichkeiten.

## Neue Arbeitswelt – Alte Arbeitsteilung?

Die Industrie 4.0 ist ein großes Problem für die Gewerkschaftsarbeit. Hier überholt die Praxis zurzeit jede Theoriedebatte. Diesem Problem müssen wir offensiver begegnen. Eine Arbeitsteilung wie früher, bei der die SPD für Gesetzgebung und die Gewerkschaften für Umsetzung verantwortlich zeichnen, wäre sicher hilfreich.

Prof. Dr. Th. Meyer: Das heißt „Wirtschaftsdemokratie im Digitalen Zeitalter“ könnte ein großes Gemeinschaftsprojekt von Partei und Gewerkschaft sein.

M. Vassiliadis: Die Anforderung an Gewerkschaften nur ein Finanzvorteilbeschaffer zu sein wächst. Dies aber bedeutet die Schwächung der Gewerkschaften, um das zu verhindern muss es eine weitere Zusammenarbeit zwischen SPD und Gewerkschaften geben.

## Brauchen wir mehr Diskussion um Arbeit und Rahmenbedingungen?

Ich bin wegen der Entspannungspolitik von Willi Brandt SPD Mitglied geworden. Eine fundierte außenpolitische Debatte fehlt heute in der SPD und in der Gesellschaft. Wenn wir Arbeit und gesellschaftliche Rahmenbedingungen wieder in einer Debatte vereinen könnten, wäre viel gewonnen.

## Gelingt Erfolg durch Zugang zu anderen kulturellen Lebenswelten?

Willi Brandt pflegte einen Pakt mit der ganzen Bandbreite des Bürgertums. Er war im Austausch mit Künstlern, Wissenschaftlern, MultiplikatorInnen, die wichtig waren für die kulturellen Werte und Welten, die eine Verbindung herstellten. Weder die Sozialdemokratie noch die Gewerkschaften haben heute diesen Bypass zur Bevölkerung. Ohne den Rahmen und die Zuordnung kultureller Lebenswelten bleiben Partei und Gewerkschaft in der gesellschaftlichen Relevanz in einer untergeordneten Rolle, die ihnen keine Mehrheiten verschafft. Das ist eine Gefahr sowohl für die SPD als auch für die Gewerkschaftsbewegung.

## Schlussbemerkungen

K.Gerlach: In Anbetracht der Zeit müssen wir die Diskussion hier leider schließen. Darum bitte ich die Teilnehmer auf dem "Podium" um ein kurzes Fazit und Schlusswort.

M. Vassiliadis: Es geht etwas, wenn Partei und Gewerkschaft zusammenarbeiten. Beim Thema Mindestlohn waren Partei und Gewerkschaft gesellschaftlich sichtbar, daher verzeichnen wir hier einen wichtigen Sieg. Es geht aber nichts, wenn sie um sich selbst kreisen und nur noch Worthülsen ohne inhaltliche Debatten geliefert werden. Hören wir also auf mit der neunmalklugen Selbstinszenierung. Das wäre ein wichtiger Schritt. Danke.

Prof. Dr. Th. Meyer: Ich gehe jetzt nach Hause und denke über unser heutiges Gespräch und die Diskussion nach. Aus meiner Sicht haben sich zwei bis drei große Projekte ergeben, die wir gemeinsam angehen und wo wir Punkte oder so Sie wollen, Markierungen setzen sollten. Hierzu gehören die erneute Demokratisierung der Wirtschaft und die Digitalisierung der Arbeitswelt bzw. die Industrie 4.0. Dankeschön.



## „Arbeit, Gerechtigkeit, Politik. Wie haben sich die Ansprüche von Beschäftigten und Interessenvertretern verändert?“

Dr. Wolfgang Menz Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V., München



Welche normativen Ansprüche formulieren ArbeitnehmerInnen heute in Arbeit, Betrieb und Gesellschaft? Was wird als gerecht, was als ungerecht erlebt? Und welche Akteure sind „Adressaten“ dieser Ansprüche, wer wird verantwortlich gemacht dafür, dass diese Ansprüche realisiert oder verletzt werden? Diese Fragen stehen im Zentrum einer aktuellen qualitativen Studie\*, die vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. (ISF München) gemeinsam mit dem Soziologischen Forschungsinstitut an der Georg-August-Universität Göttingen (SOFI) durchgeführt wurde. Befragt wurden insgesamt 320 Beschäftigte in 26 Unternehmen, die aus 10 Branchen der Industrie, Dienstleistungen und Bauwirtschaft stammen. Die Erhebungen fanden zwischen August 2012 und Januar 2014 statt.

Zwei methodologische Hinweise vorweg:

- Das qualitative Befragungsdesign beinhaltet die Beurteilung der konkreten betrieblichen Arbeits- und Erfahrungswelt der ArbeitnehmerInnen und erforschte, in wie weit und in welcher Form hier Ansprüche und Erwartungen an verschiedene Akteure sichtbar werden.
- Wichtig für die Untersuchung ist die Unterscheidung von „Wünschen“ und „Ansprüchen“. Wünsche werden nicht als normatives Anrecht formuliert, können aber genau so drängend sein wie Ansprüche. Ansprüche können und müssen verallgemeinerbar formuliert werden und eignen sich dafür, zum Ausgangspunkt für kollektives Handeln zu werden und politische Forderungen zu grundieren.

Wo und wie also kommt „Politik“ ins Spiel? Welche Ansprüche im Themenfeld ‚Arbeit‘ werden an Politiker, Parteien, Staat und Institutionen gerichtet? Und welche Ansprüche an wen werden nicht formuliert?

Gegliedert ist der Vortrag in die Bereiche: Ansprüche an Arbeit, Ansprüche an die Politik und Ansprüche an die Gewerkschaften.

\* Quelle: „Brüchige Legitimationen – neue Handlungsorientierungen? Gerechtigkeitsansprüche und Interessenorientierungen in Arbeit und Betrieb von Beschäftigten vor dem Hintergrund von Krisenerfahrungen“, Förderung: Hans-Böckler-Stiftung. Die zum Projektteam der Studie gehören neben dem Autor Nick Kratzer, Sarah Nies (beide ISF), Knut Tullius und Harald Wolf (beide SOFI).

## 1. Ansprüche an Arbeit

### 1.1 Das Profil normativer Ansprüche der ArbeitnehmerInnen

In Arbeit und Betrieb herrscht keine normative Monokultur. Die von Beschäftigten formulierten Ansprüche sind ausgesprochen vielfältig. Insgesamt konnten acht typische normative Ansprüche unterschieden werden:

#### Gerechtigkeitsansprüche (moralische Ansprüche)

- Leistung
- Selbstverwirklichung
- Beteiligung
- Würde
- Fürsorge

#### Rationalitätsansprüche (pragmatische Ansprüche)

- Technisch-organisatorische Rationalität
- Ökonomische Rationalität
- Bürokratische Rationalität

Neben Gerechtigkeitsansprüchen formulieren Beschäftigte auch normative Ansprüche, die sich auf die Rationalität (Fundierung von Entscheidungen) und Funktionalität (Arbeitsorganisation und Abläufe) von Betrieb und Unternehmen beziehen. Ein wichtiger Zweck dieser Ansprüche kann darin bestehen, dass ihr Arbeitsplatz und Einkommen gesichert sind, indem sich die Unternehmung erfolgreich auf dem Markt behauptet, Ressourcen generiert und diese effizient bzw. effektiv einsetzt. Und ebenso wie Gerechtigkeitsansprüche stützen sich die Rationalitätsansprüche auf normative Prinzipien und können die Grundlage für Kritik und „Legitimitätsurteile“ bilden; sie sind moralischen Ansprüchen nicht nachgeordnet, sie können mit gleichem Nachdruck eingefordert werden und setzen weder logisch noch empirisch die Realisierung moralischer Ansprüche voraus.

### 1.2 An welchen Themen sich deutliche Gerechtigkeitskonflikte entzünden

#### Anerkennung und Wertschätzung

- wird materiell wie immateriell eingefordert
- immer stärkere Verletzungen, z.B. ‚Gleicher Lohn‘ für gleiche Leistung in fragmentierten Wertschöpfungsketten

#### Leistungsanforderungen, Belastungen, Gesundheit

- steigende Leistungsanforderungen wird als „natürliche“ Entwicklung erlebt
- durchgängig Erfahrung am „eigenen Leib“ (oder Seele) oder im unmittelbaren Umfeld
- werden etwas stärker in sozialen Dienstleistungen thematisiert
- ist eine eher individualisierte Auseinandersetzung (Wunsch)
- wird in Betrieben wenig politisiert (Anspruch)

### Work-Life-Balance, Arbeitszeitlänge und -lage

- ist ein wichtiges Thema, häufiger aber eher Wunsch als Anspruch und damit schwer politisierbar

### Reorganisation, Stellenabbau, Betriebsschließungen

- hat sehr unterschiedliche Bedeutung
- ist ein Thema mit hohem Empörungspotenzial
- ist ein wichtiges Thema, häufiger aber eher Wunsch als Anspruch und damit schwer politisierbar sowohl Gerechtigkeits- als auch Rationalitätskritik

## 1.3 Sinkende Vergleichshorizonte und Anspruchsreduktion

Normative Ansprüche werden in Relation zu bestimmten Vergleichsordnungen gestellt. Wenn also Gerechtigkeitserwartungen formuliert werden, geschieht dies in Bezug auf „vergleichbare“ Strukturen oder Ordnungen. Auffällig ist, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten ihrer Bewertung eine generelle gesellschaftliche Entwicklung zugrunde legt, die eine anhaltende und kontinuierliche Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen beinhaltet – eine Trendeinschätzung, die sowohl die Vergangenheit als auch die Zukunft betrifft. Vom wachstumsorientierten Nachkriegsoptimismus in Deutschland ist nichts mehr übrig.

### Ansprüche werden heute eher als Wünsche formuliert.

Doch die ArbeitnehmerInnen sehen sich als Individuen oft weniger stark von diesen Entwicklungen betroffen als Andere, mit denen sie sich vergleichen (Schleckerfrauen, Erzieherinnen etc.). Dies gilt umso mehr, wenn eine internationale Perspektive eingenommen wird (Spanien, Griechenland etc.). Ein häufiger Satz lautet: ‚Uns geht es ja noch relativ gut‘. Das bedeutet: die Bezugspunkte, an denen die Beschäftigten sich bei der Formulierung ihrer Ansprüche orientieren, erodieren tendenziell. Die Studie bildet nur einen zeitlichen Querschnitt ab und kann keine systematischen Aussagen zu Trendentwicklungen machen. Die häufigen Verweise der Befragten auf die veränderten Vergleichsordnungen legen aber nahe, dass vormalig eintragbare Ansprüche heute eher als Wünsche formuliert werden oder es zur Rücknahme von Ansprüchen gekommen ist.

## 2. Ansprüche an die Politik

Die konkrete Arbeitserfahrung der meisten Beschäftigten und die „große Politik“ werden als getrennte Felder erlebt. Die Mehrheit der Befragten sieht und erwartet keinen spürbaren Einfluss von politischen Entscheidungen auf die eigene Arbeits- und Beschäftigungssituation bzw. auf die Ökonomie als Gesamtheit. „Die Politik“ ist daher kaum Adressat für Gerechtigkeits-

ansprüche der ArbeitnehmerInnen weder im positiven noch im negativen Sinne. Daraus ergibt sich ein gewisser Differenzverlust zwischen den Parteien.

### Alltag und Politik werden als getrennte Bereiche erlebt.

So wird die SPD nicht mehr als Partei der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrgenommen und oft nur noch aus einer Tradition heraus gewählt. Der Verlust von Klientel-Solidarität gilt allerdings für alle Parteien und gipfelt in einer Art politischer Heimatlosigkeit. Daraus folgen zwei Entwicklungen, nämlich erstens der Rückzug auf das Selbst, die eigene Leistung und Position, und zweitens eine diffuse Hoffnungshaltung gegenüber anderen Bewegungen (Blockupy, Stuttgart 21, Atomausstieg, Stop-TTIP etc.) oder auch Ländern (Ägypten und Tunesien: Arabischer Frühling, Türkei: Gezi-Park-Proteste etc.). Auch dies aber führt wieder dazu, dass Ansprüche als Ausgangspunkt für politische Forderungen gar nicht mehr gestellt werden.

## 3. Ansprüche an die Gewerkschaften

Seit einigen Jahren wird eine „Revitalisierung“ oder ein „Comeback der Gewerkschaften“ diskutiert. Diese ‚Revitalisierung der Gewerkschaften‘ erklärt sich aber nicht primär aus dem Erfolg des ‚Krisenkorporatismus‘ in 2007ff, sondern aus einem generellen Mangel der Repräsentation von Beschäftigteninteressen in Politik und Gesellschaft. Gewerkschaften werden daher als alternative Institution zum klassischen politischen Institutionengefüge geschätzt. Sie sollen das kontaminierte Feld der institutionellen Politik meiden, um nicht mitmachen zu müssen in einem grundsätzlich falschen Spiel mit vorwiegend problematischen Akteuren. Die Revitalisierung ergibt sich also – neben zumindest nicht weiter sinkenden Mitgliederzahlen – eher aus einer Verunsicherung (Wirtschaftskrise, Repräsentationsmangel) als aus einem gelungenen Krisenmanagement.

## Persönliche Schlussbemerkungen

- Geht es also darum, die Einschätzungen und Orientierungen der Beschäftigten hinzunehmen, die Distanz zwischen Partei(en) und Gewerkschaften zu wahren und alternativ auf andere politische Themen zu setzen?
- Oder geht es darum, die Einschätzungen und Orientierungen aktiv zu bearbeiten, die politischen Einfluss und die Gestaltbarkeit auf Arbeit herauszustellen und den Nutzen der Sozialdemokratie für ArbeitnehmerInnen deutlich zu machen?

Weiterführende Lektüre: „Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit: Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb“, von Kratzer, Menz, Tullius, Wolf (2015), edition sigma, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

## RETURN

Dennis Buchner Landesgeschäftsführer der SPD, Abgeordneter des Berliner Landtags



Bei der Entwicklung der SPD zur Mitgliedsorganisation gibt es sowohl Parallelen als auch Unterschiede zu den Gewerkschaften. Mitte der 70er Jahre hatte die SPD rund eine Million Mitglieder – heute sind es noch etwa 450.000. Der Altersdurchschnitt dieser Mitglieder liegt bei 60 plus, die überwiegende Anzahl ist männlich und die aktive Mitgliedschaft umfasst etwa 10 - 15 Prozent. Das bedeutet ca. 45.000 politisch aktive Mitglieder stehen ca. 80.000 politischen Mandaten gegenüber. Ein großes Thema für die Parteientwicklung ist also die „Unterbesetzung“ mit Mandatsträgern gegenüber einer breiten aber inaktiven Basis. Auch hierin liegen die Gründe dafür, dass wir ein deutliches Problem haben, die notwendige politische Arbeit auch umzusetzen. Die häufige Mehrfachbelastung von aktiven Mitgliedern führt zu persönlichen Burn-outs, strukturellen Defiziten und ist ein Hemmnis auch was die Weiterentwicklung unserer inhaltlichen Diskussion angeht.

### Mitgliederschwund bedeutet Probleme in der Umsetzung von Politik.

Wie konnte es soweit kommen? Nun bis in die 90er Jahre haben wir noch von strukturellen Mehrheiten gesprochen in denen wir uns bewegen und die es zu verändern galt. Inzwischen haben sich traditionelle strukturelle Mehrheiten immer mehr aufgelöst. Flankiert wird diese Entwicklung davon, dass, wie Dr. Menz' Studie bestätigt, die Partei-Identifikation generell abgenommen hat. Das führt dazu, dass die Sozialdemokratie auch historische Zugewinne verzeichnet, wie in Rheinland Pfalz, wo die SPD nun seit 25 Jahren die Regierung stellt.

### Die Parteien-Identifikation hat generell abgenommen.

Nun geht der Identifikationsschwund zwar einher mit einem konstanten Mitgliederschwund bei den Parteien aber auch bei anderen großen Mitgliedsorganisationen, wie den Religionsgemeinschaften, Sportvereinen etc. Doch die sinkenden Mitgliederzahlen hängen nicht nur mit Identifikationsdefiziten, sondern auch mit den Veränderungen innerhalb entscheidender Lebensphasen zusammen: Als junger Mensch erleben wir eine gesellschaftlich und politisch aktive Phase, in der Lebensmitte verlagert sich der Fokus meist auf Familie und Karriere weshalb nicht viel Zeit für anderes bleibt. Im Vorruhestand haben wieder mehr Zeit und erfahren: Es braucht nicht nur uns

als Individuum, sondern die Gemeinschaft, um die Welt zu ändern, ideale Voraussetzungen also für das Engagement in Partei oder Ehrenamt.

### Zuwächse bei den Jüngeren erfordern gute Bindungskonzepte.

Zuwächse verzeichnen wir aber vor allem in der Zielgruppe der Jungen und Aktiven. Daher ist es enorm wichtig eine vernünftige Bindungspolitik zu haben, auf die eine langfristige Identifikation mit der Partei aufbauen kann. Schließlich ist das Engagement in der Partei ehrenamtlich, wohingegen das gewerkschaftliche Engagement vorwiegend hauptamtliche Züge aufweist. Und hier kommen wir wieder zu dem Punkt der Mehrfachbelastung bzw. zur Gefahr oder Praxis des „Verheizens“ von aktiven Mitgliedern. Der Druck auf viele Neumitglieder ist so hoch, dass ca. 20% schon im ersten Jahr und weitere 20% im zweiten Jahr ihrer Zugehörigkeit die Partei wieder verlassen.

### Eine bessere soziale und politische Begleitung neuer Mitglieder ist entscheidend.

An der Unausgewogenheit und den Fakten der politischen Arbeit können wir für den Moment jedoch nichts ändern, die Anforderungen sind gegeben und die Aufgaben sind da. Also müssen wir unterstützende Maßnahmen wie die Begleitung z.B. durch Mentoring-Programme oder eine Art „Buddy-Coaching“ einführen, um dieser Negativspirale entgegenzuwirken. Eventuell wäre es sogar eine Lösung sich von dem System der Trennung zwischen Basis und Mandatsträgern abzuwenden und sich – nach amerikanischem Muster – einem System zuzuwenden, in dem die Basis die Mandatsträger bildet. Was auch immer sich als Lösung abzeichnet, eine engere Bindung und vor allem Begleitung neuer Parteimitglieder ist entscheidend für unsere politische Schlagkraft, Penetranz und Entwicklung.

Ich plädiere außerdem für ein sehr pragmatisches Herangehen an die Mitgliedergewinnung, das sich für mich aus dem Ergebnis einer aktuellen Umfrage ergibt. In dieser Umfrage antworteten 7% der Befragten darauf, ob sie sich eine Mitgliedschaft in der SPD vorstellen könnten mit Ja. Das sind immerhin 4 Millionen Menschen in Deutschland! Auf die Frage, warum sie dann noch nicht Mitglied sind, antworteten viele überraschenderweise, sie seien einfach noch nie gefragt worden. Das ist bei den Gewerkschaften anders. Hier wird gefragt. Wir sollten als Partei wieder den Mut haben Menschen ganz direkt auf eine Mitgliedschaft anzusprechen. Und wir sollten die weitere Begleitung, Schulung und Bindung von Neumitgliedern nicht vergessen. Allein das wären große Schritte nach vorn.



### Haben SPD und Gewerkschaften noch gemeinsame Themen?

Die Gewerkschaften werden auch heutzutage und nach wie vor als „Gerechtigkeits-Instanz“ wahrgenommen. Gibt es neben allen Unterschieden dennoch Themen, die die SPD und Gewerkschaften zusammen bearbeiten können, Themen die sie vereinen?

**Dr. W. Menz:** Die Gewerkschaften schneiden im öffentlichen und individuellen Erleben besser ab, weil sie die Repräsentationslücken der Parteien füllen. . Als autonome Interessenvertretung gegenüber der Politik spielen sie aber eine wesentliche Rolle. Sie werden als reale Opposition wahrgenommen, obwohl sie auf gesamtpolitischer Ebene keine Krisenbewältigung leisten können. Daher lautet die Frage, ob es für die SPD überhaupt erstrebenswert ist wieder enger mit den Gewerkschaften zusammenzurücken. Wichtig erscheint mir, dass Politik und Gewerkschaften die politische Gestaltungsmacht zurückgewinnen und wieder mit einem positiven Kontext belegen, denn diese Gestaltungsmacht wird gesellschaftlich zurzeit ja eher negativ wahrgenommen.

**D. Buchner:** Nur Veranstaltungen zu machen bringt zu wenig und entwickelt nur lokale oder regionale Wirkung. Wir müssen als Partei unsere Erfolge, wie den Mindestlohn, aber bundesweit und übergeordnet besser auswerten und kommunizieren. Die Wahlerfolge der SPD in Kommunen und Landtagen zeigen, dass es mittelfristig sehr wohl Hoffnung gibt und dass sich unsere Arbeit auszahlt. Dennoch wird dies aus meiner Sicht leider erst nach Merkel zu größeren wahlpolitischen Erfolgen führen.

### Wie lässt sich linke Politik heute noch verkaufen?

Wenn ich die Situation der SPD mit dem aktuellen politischen Kontext in Italien vergleiche, stelle ich Folgendes fest: Matteo Renzi ist der Schaumann des regierenden Mitte-Links-Bündnisses. Aber viele Leute identifizieren sich nicht mehr mit ihm, weil sie erleben, dass er keine Interessenvertretung macht sondern Ankündigungspolitik. Früher hatten wir eine Wahlbeteiligung von 70-80 % - heute sind es um die 50 %. Zugewinne verzeichnen nur noch die Rechtspopulisten. Aber der Stimmenfang am rechten Rand lohnt sich nicht, wie Renzi selber feststellen musste, der früher 40% und heute nur noch 20% Zustimmung für seine Politik erhält. Wenn in Deutschland die SPD arbeitnehmerfreundliche Politik macht, und diese dann auch innerhalb der Zielgruppe gut verkauft, wäre schon viel gewonnen. Das Fazit also heißt: Linke Politik machen!

### Brauchen Gewerkschaften die Abkopplung von der SPD?

Eine der Thesen für die Zukunft der Parteipolitik aus der Studie ist ja, dass man mit Themen wie sozialer Gerechtigkeit die Wähler sowieso nicht mehr erreicht. Und das die Gewerkschaften sich auf betriebspolitische Zusammenhänge konzentrieren sollten, um weiter erfolgreich zu sein in der Mitgliedergewinnung. Liegt also das Heil der Gewerkschaften eher in der Abkopplung von der SPD?

### Welche Themen fördern den politischen Anspruch der Menschen?

Gleich dazu. Ich hatte es so verstanden, dass die These besagt, die Menschen hätten verlernt, Ansprüche zu stellen und äußerten stattdessen Wünsche. Ich frage mich daher, wie wir (über betriebspolitische Erfolge hinaus) wieder weg vom indifferenten Wunschdenken hin zu einer klaren Anspruchsformulierung bei den Menschen kommen? Und welche politischen Themen bieten sich hierfür am besten an?

**Dr. W. Menz:** Wünsche macht man wahr, indem man ihre umsetzbaren Anteile nimmt und an deren Realisierung arbeitet. Für die Themen Gesundheit, Belastung, Stress zum Beispiel bedeutet das zu fragen, wie diese Bereiche im Sinne der ArbeitnehmerInnen bzw. der Interessenvertretung politisch gestaltbar sind. Und wenn die Grundursache für den Politikverlust in Deutschland nicht in der angewandten Parteipolitik liegt, sondern in der grundsätzlichen Un-Gestaltbarkeit von politischer Ökonomie, dann gibt es zumindest Hoffnung, dass die SPD mit Realpolitik überlebt. Und für die Gewerkschaften hatte ich nicht der Entpolitisierung das Wort geredet, sondern für eine Entfernung von der direkten Parteipolitik plädiert – im Sinne einer Politisierung, aber in ausreichendem Abstand zu den Parteien.

**D. Buchner:** Ich sehe die SPD immer wieder auch als Opfer ihres Erfolges. So geschehen zum Beispiel beim Mindestlohn und bei der Beitragsfreiheit der KiTa-Betreuung. Beide Errungen-schaften werden ja nicht mehr als politische Position und dann Erfolg der Sozialdemokratie wahrgenommen, sondern als gesellschaftliches Allgemeingut. Es geht sogar so weit, dass wenn die CDU ihren Widerstand gegen wichtige gesellschaftliche Reformen aufgibt, sie paradoxerweise auch noch als Gewinner dasteht, weil sie sich schlussendlich dann doch zur Umsetzung hat bewegen lassen. Doch ein ganz wichtiger Aspekt früherer Stärke in der Arbeiterbewegung war die Pluralität von Engagement. Man war in der Kirche und in der Partei aktiv, in der Gewerkschaft und in der SPD etc. Da müssen wir wieder hinkommen, das ist aus meiner Sicht das Ziel der Diskussion.

### Sollten wir nicht auch lokal mehr Arbeitnehmerpolitik umsetzen?

Genau. Ich möchte nicht in einer Partei sein, die ihren politischen Anspruch aufgibt. Das kann nicht unser Weg sein. Im Gegenteil, wir sollten viel mehr Arbeitnehmerpolitik umsetzen und bewerben. Und wenn wir damit scheitern, nun – dann soll es so sein. Was ich aber eigentlich sagen wollte: Neben den großen bundesweiten Themen sollten wir uns vor Ort mehr auf lokale Themen fokussieren, wie das Hochwasser in Erfurt oder das Fracking in Thüringen. Auf dieser Ebene wird viel zu wenig von uns getan. Wir müssen als Partei auch im klein-klein sichtbar sein, da sein wo betrieblicher Abbau droht und uns einmischen.

### Gefährdet die Individualisierung das sozialdemokratische Narrativ?

Unsere Geschichte als SPD, also das sozialdemokratische Narrativ ist doch: Wir wollen Menschen den Aufstieg ermöglichen. Viele Menschen aber sind heute ohne Hoffnung auf beruflichen und sozialen Aufstieg. Sie sind gezwungen ihr Dasein mit Mehrfachjobs, als Leiharbeiter, in prekären Arbeitsverhältnissen oder gar mit Hartz IV zu fristen. Diese Umstände entwerten ihre Lebensrealität, ihr Dasein und gefühlt sogar die eigene Person. Vor diesem Hintergrund bedeutet die Individualisierung von Erfolg eine direkte Gefährdung unseres Narrativs. Und wo sind die Persönlichkeiten in der Partei, die dieses Narrativ, das auf Gemeinschaft und Solidarität beruht, glaubhaft, weil eben nicht individualisiert, verkörpern?

**Dr. W. Menz:** Richtig. Was viele Menschen bewegt, ist die Frage, wie man Aufstieg heute gesellschaftlich bewerten muss. Denn tatsächlich sprechen wir nicht mehr von der Leistungsgesellschaft, sondern von einer Erfolgsgesellschaft. Diese ist weitgehend abgekoppelt von Leistung im Sinne einer fachlichen, körperlichen oder geistigen Fähigkeit des Individuums – und leider oft ebenso von einer gesellschaftlichen Relevanz für die Gemeinschaft. In der Erfolgsgesellschaft kann ich ganz oben sein, ohne im traditionellen Sinne etwas geleistet zu haben. Entsprechend groß ist die Angst vor Konkurrenten, denn der Erfolg ist nicht mehr in der eigenen Person und Leistung begründet, sondern in ganz anderen Faktoren. Vor diesem Hintergrund gibt es zwei Themen, die aus meiner Sicht wert sind, politisch bearbeitet zu werden. Das ist die Auseinanderentwicklung der Einkommen und die zunehmende Klassifizierung in arm und reich. Und das ist die Bewertung der gesellschaftlichen Relevanz von Berufen. Tätigkeiten, die einen hohen Wert für die Gemeinschaft haben, wie KrankenpflegerIn oder ErzieherIn sollten in diesem Sinne ganz neu bewertet werden auch monetär. Hier ist ein starker politischer Konsens wichtig, damit die Gesellschaft nachzieht.

**D. Buchner:** Ich stimme all diesen Überlegungen zu, würde aber dafür votieren das Narrativ des Aufstiegs durch Bildung und Ausbildung nicht aufzugeben. Wie wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft reaktivieren und weiterentwickeln, bleibt dennoch eine der zentralen Fragen für die SPD. Und wie wir in der jüngeren politischen Geschichte sehen, wird dieser Zusammenhalt

immer dann ganz besonders aktiv und messbar, wenn es darum geht sich für etwas einzusetzen, dass als gesellschaftlicher Konsens bewertet wird. Dann spielen auch strukturelle Mehrheiten des anderen politischen Lagers keine Rolle mehr, wie wir bei der Abwahl Kohls 1998 oder bei der Protestwahl gegen den Irak-Krieg 2002 gesehen haben.



### Müssen wir die Folgerealisierung von Erfolgen mehr im Blick haben?

Sollten wir nicht ein paar Punkte für eine Kooperation zwischen SPD und Gewerkschaften sammeln? Für mich stehen das Mindestlohngesetz und seine erfolgreiche Umsetzung dabei ganz vorne. Aber jetzt müssen wir auch in der Umsetzung achtsam sein, sonst verlieren wir an Glaubwürdigkeit. Meine große Sorge ist, dass sich die Partei nicht genug um die Folgerealisierung dieses Gesetzes kümmert. Die Gewerkschaften könnten hier ein wichtiger Partner sein. Die wachsende Überbelastung von Arbeitnehmern, die sich unter anderem an etwa 1 Milliarde geleisteter Überstunden zeigt, ist ja erst durch dieses Gesetz deutlich geworden. Das ist ein gutes Thema für eine erweiterte und erneuerte Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

## Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Die Findung und Bearbeitung gemeinsamer Themen war ein Ergebnis aller Arbeitsgruppen ebenso wie die gemeinschaftliche Sorge für "gute" Arbeit und Politik im Sinne der Beschäftigten.



Auf allen Ebenen (Bund, Land, Kommune) umzusetzen von Partei und Gewerkschaften:

- Gemeinsame Themen suchen
- Glaubwürdigkeit vermitteln
- Beständigen und aktiven Dialog führen
- Gesprächsräume (auf Leitungsebene?) schaffen
- Austausch-Plattformen (für die Basis?) schaffen
- Sich auf Augenhöhe begegnen
- Solidarität leben
- Beiderseits für den anderen werben
- Betriebsrats- und Parteirats-Konferenz

Auf Parteiebene umzusetzen:

- Zu Gewerkschaften bekennen
- Als ArbeitnehmerInnen-Partei positionieren
- ArbeitnehmerInnen-Interessen in den Fokus stellen
- Politik für die Arbeitnehmerschaft machen
- Klarer von Unionsparteien abgrenzen
- Politischer Kompass der Partei  
= Schulung + Grundhaltung
- Sich als Gewerkschafter zu erkennen geben
- Pflege beispielsweise von Betriebsgruppen
- Ehrenamt an Beruf /Familie anpassen
- EhrenamtlerInnen besser unterstützen
- Demokratischen Sozialismus konkretisieren

Auf Gewerkschaftsebene umzusetzen:

- Gewerkschaftsrat/-räte aktivieren  
(auch auf Landesebene)
- Gewerkschaftspolitische Themen  
in die Partei tragen
- Sich als Sozialdemokrat zu  
erkennen geben
- Position schärfen:  
Für wen? Gegen wen?
- Gewerkschaftsjunioren aktivieren

Als beispielhaft für die Zusammenarbeit auf Landesebene wurden Themen wie die Aufwertung der sogenannten Care-Berufe aufgezählt. Hierzu sollten zum Beispiel Beschlüsse zur Solidarisierung auf Kreis-Delegierten-Versammlungen (KDVen) und Landesparteitagen herbeigeführt werden, ähnlich wie in Bremen, wo man sich solidarisch mit den ErzieherInnen gezeigt hat.

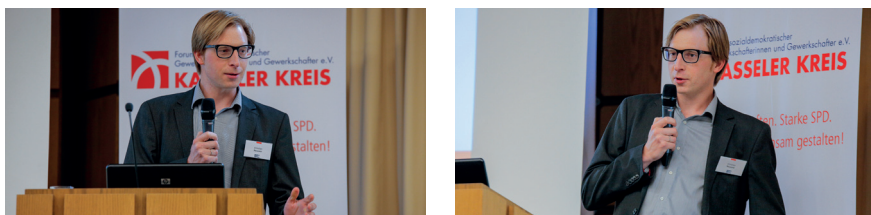
Als wichtiges Thema auf Bundesebene wurde „Arbeit 4.0“ (Arbeit in der digitalen Gesellschaft und unter dem demografischen Wandel) genannt. Gewerkschaften müssen diese Entwicklung begleiten sowie rückmelden und Politik muss den Handlungsrahmen in Form von Gesetzen schaffen, damit ArbeitnehmerInnen und Gesellschaft von der Entwicklung nicht überholt werden und ohne gestalterische Möglichkeiten dastehen.



Auseinandersetzung und Gespräch immens hoch war. Ein möglicher Schluss daraus ist, dass auch der Kasseler Kreis erst am Anfang dieser Diskussion steht. Ein Vorteil des Kreises ist, dass die Debatte gemeinsam und konstruktiv geführt wird. Ein weiterer Vorteil des Kasseler Kreises ist, dass die Diskussion durch die Beteiligten in andere Ebenen der Partei und der Gewerkschaft getragen wird.

## „Von alten Beziehungen und pluralisierten Partnerschaften“ – Das Verhältnis von Parteien und Gewerkschaften im Wandel

Dr. Christian Neusser Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Europa in der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg



### Rahmenbedingungen im Wandel

Der gesellschaftliche Umbruch ist in vollem Gange. Alte soziale Milieus, die klare Bezugspunkte für Parteien und Verbände waren, haben sich aufgelöst. Unsere Berufswelt hat sich von der klassischen Industriegesellschaft zu einer global vernetzten Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft (Industrie 4.0; heterogene und prekäre Arbeitsmärkte) gewandelt. Der Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft stehen unter dem Reformdruck der Globalisierung. Der Wandel hat Folgen für Parteien und Gewerkschaften als Vermittler gesellschaftlicher Interessen.

Erleben die Gewerkschaften ein Comeback? Die Organisationsmacht der Gewerkschaften ist aktuell gestärkt, weil sie die negative Mitgliederentwicklung stoppen und den Organisationsgrad wieder steigern konnten. Dennoch bleiben Repräsentationslücken jenseits der Industriefacharbeiterschaft, im Milieu der Angestellten aus kleinen und mittleren Betrieben, bei den Frauen und bei den jüngeren Beschäftigten. Die institutionelle Macht der Gewerkschaften ist gesichert durch ihre Einbettung in das politische System, besonders über die Kontakte zu Parteien/Ministerien und ihre Beteiligung an Gesetzgebungsprozessen. Dieser Trend ist belegt und vor allem durch die aktive und gestaltende Rolle der Gewerkschaften bei der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2007ff.

### Gesellschaft und Parteien sind im Umbruch.

Das Parteiensystem ist im Umbruch. Die Parteien sind heute weniger in der Gesellschaft verankert, was sich an der sinkenden Bindungs- und Integrationskraft der großen Volksparteien manifestiert. Ein Grund hierfür ist, dass die Mitglieder/Wähler immer weniger in Großverbänden aus dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen und/oder dem christlich-katholisches Milieu verwurzelt sind. Der parteipolitische Schulterschluss mit den Verbänden ist daher tendenziell geschwächt. Hinzu kommen die stärkere Pluralisierung der Parteipolitik im heutigen offenen Vierparteiensystem und die Entstehung neuer Parteien, wie die Piraten oder die AfD. Die Folge ist eine offener und flexiblere gewerkschaftliche Einflusspolitik, die einen situativen Lobbyismus darstellt.

### Wechselnde Partnerschaften

Die Beziehungen zwischen Parteien und Gewerkschaften sind wechselhaft. Nach dem Regierungsantritt von Rot-Grün 1998 hatten nicht nur die Gewerkschaften hohe Erwartungen an die politischen Akteure. Diese Wünsche und Hoffnungen an die Politik wurden jedoch enttäuscht. Der Tiefpunkt waren die „Agenda 2010“ und die informelle Große Koalition aus SPD und CDU. Im Verhältnis von Parteien und Gewerkschaften herrscht erst seit 2005, nachdem beide Volksparteien Kurskorrekturen vorgenommen haben, wieder Entspannung, die ihren Höhepunkt in der Kooperation zwischen beiden Kräften während der Weltwirtschaftskrise 2007ff erreichte.

### Gewerkschaften und SPD

Unter allen Parteien haben SPD und Gewerkschaften bis heute die größte gemeinsame programmatische Basis und die stärksten personellen und organisatorischen Verschränkungen. Und dennoch ist diese historische Partnerschaft nicht selbstverständlich. Im Gegenteil, mit der sozialstrukturellen Entkopplung als Ausgangspunkt erleben wir eine schleichende Loslösung der beiden Organisationen voneinander. Der Wandel der SPD von der Arbeiter- zur Volkspartei bedeutet die Entfernung von ihrer Basis. Gemeinsame Zielgruppen haben sich verringert: In der SPD gewinnt zahlenmäßig die gewachsene Mittelschicht an Bedeutung. In den Gewerkschaften bleibt die industrielle Facharbeiterschaft der Schwerpunkt.

### Die Verständigung über gemeinsame politische Ziele keine Selbstverständlichkeit mehr.

Aufgrund unterschiedlicher Organisationsentwicklungen ist die Verständigung über gemeinsame politische Ziele keine Selbstverständlichkeit mehr und birgt gesteigertes Konfliktpotenzial. Zusätzlich nimmt die personelle Verschränkung an der Basis durch Doppelmemberschaften ab. Ein weiterer Indikator für das Auseinanderdriften der Lebenswelten zwischen SPD und Gewerkschaften begründet sich im abnehmenden Wissen bei SPD-Funktionären und -MandatsträgerInnen über betriebliche Bedingungen der Arbeitswelt. Noch 2004 waren 90% der Vorstände in DGB-Gewerkschaften SozialdemokratInnen. Das scheint auch eine demografische Frage, denn unter jüngeren SozialdemokratInnen ist eine gewerkschaftliche Bindung seltener und auch jüngere GewerkschafterInnen sind parteioffener und nicht mehr „automatisch“ SPD-Mitglied.

### Gewerkschaften und CDU

Tatsächlich dominiert der Wirtschaftsflügel in der Union den eigenen Arbeitnehmerflügel. Doch die Enttäuschung über die „Agenda 2010“ hat unter den Spitzenkräften der Gewerkschaften zu größerer Offenheit gegenüber CDU geführt. Des Weiteren gewinnen auf Elitenebene situative und pragmatische Formen der Kooperation an Bedeutung (Beispiel Krisenmanagement der Bundesregierung WWK 2007ff). Und der weitgehend undogmatische, pragmatische Politikstil von Angela Merkel, eröffnet durchaus Chancen für gewerkschaftliche Einflusspolitik.

## Gewerkschaften und GRÜNE

Seit den Anfängen in den 1980er Jahren haben die Grünen den Wandel von einer systemkritischen Ökologie- und Bewegungspartei hin zu einer Partei mit gestaltender Reformperspektive vollzogen. Der einst schroffe Gegensatz von Ökologie (Grüne) vs. Ökonomie (Gewerkschaften) ist zugunsten eines doppelten Lernprozesses verschwunden: Die Grünen haben die Chancen des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft entdeckt und die Gewerkschaften erkennen in der ökologischen Modernisierung eine nachhaltige Industriepolitik. Der Wandel der Berufsstruktur hat in der Mitgliedschaft außerdem zu Schnittmengen mit Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes geführt. So vertreten die Grünen insbesondere Arbeitnehmerinteressen aus dem links-liberalen Spektrum sowie aus der bürgerlichen Mitte. Das Verhältnis Grüne-Gewerkschaften hat sich inzwischen weitgehend normalisiert. Dennoch bleiben die organisatorischen und personalen Verbindungen, wie durch Frank Bsirske und Annelie Buntenbach, eher die Ausnahme.

Das Verhältnis Grüne-Gewerkschaften hat sich weitgehend normalisiert.

## Gewerkschaften und LINKE

Die Linke hat erst wegen der „Agenda 2010“ deutliche Bezugspunkte (programmatisch und personell) zum Arbeitnehmer- und Gewerkschaftslager bekommen – nicht zuletzt durch die Fusion mit der WASG. Dennoch dominiert nicht der Gewerkschaftsflügel die Ausrichtung der Partei. Hier macht sich die innerparteiliche Trennung (in den Osten: pragmatisch und auf Regierungsverantwortung aus aber ohne starke gewerkschaftliche Verankerung, und in den Westen: dogmatisch in klarer Oppositionsrolle verharrend) durchaus bemerkbar. Doch die Gewerkschaften wollen Einfluss auf Regierungspolitik ausüben, und solange sie ihren Einfluss via SPD geltend machen können, bleibt Die Linke als Oppositionspartei für die Mehrheit der Gewerkschaften zweite Wahl. Im Konfliktfall aber können Gewerkschaften über Die Linke sehr wohl Druck auf Regierungsparteien ausüben und daher bleibt sie ein optionaler Kooperationspartner.

Im Konfliktfall können Gewerkschaften über Die Linke auch Druck ausüben.

## Thesen der Studie:

### Was bedeutet der Wandel im Verhältnis von SPD und Gewerkschaften für die Interessenbeziehungen im Parteiensystem?

- **Ausdifferenzierung und Pluralisierung**  
Die historisch privilegierte Partnerschaft von SPD und Gewerkschaften hat sich relativiert. Arbeitnehmerinteressen werden Inzwischen von vier statt zuvor zwei Sozialstaatsparteien vertreten, die im Wettbewerb um eine zunehmend heterogene, auch parteilich weniger gebundene Wählerschaft stehen. Entsprechend haben sich die Gewerkschafts-Beziehungen zu den Parteien zu einem dynamischen System pluralisierter Partnerschaften gewandelt.
- **Situativer Lobbyismus**  
Als Reaktion auf das gewandelte Verhältnis zur SPD haben die Gewerkschaften ihr Verständnis der Einheitsgewerkschaft neu ausgerichtet. Sie sind nach innen parteipolitisch offener und nach außen bündnispolitisch flexibler. Im Mehrparteiensystem gewinnt für sie ein situativer Lobbyismus an Bedeutung in dem sich wechselnde Interessenkoalitionen häufen.
- **Es kommt auf die SPD an**  
Dennoch bleibt die SPD der zentrale Bündnispartner für Gewerkschaften. Das Verhältnis der anderen Parteien zu den Gewerkschaften wird maßgeblich von der Stellung der SPD zur organisierten Arbeiterschaft geprägt. Die SPD ist der Schlüsselfaktor in der Gesamtkonstellation der Parteien-Gewerkschafts-Beziehung. Und ohne das enge Bündnis mit Gewerkschaften hat sie keine Machtperspektive. Die Zukunft dieser Partnerschaft hängt davon ab, ob und wie beide ein gemeinsames Bild des künftigen Sozialstaats entwerfen können.

### Wie kann Parteipolitik die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurückgewinnen?

- Durch inhaltliche Angebote: Für die Lebenssituation der arbeitenden Bevölkerung muss es Angebote geben, z. B. Vereinbarkeit Beruf/Familie; Ordnung auf dem Arbeitsmarkt; Bildungsgerechtigkeit
- Durch miteinander im Gespräch bleiben: Für die Partnerschaft von Parteien, Arbeitnehmerinnen und Gewerkschaften gilt das System der kommunizierenden Röhren
- Durch innerparteiliche Willensbildung: Die Scharniere der Parteien ins Arbeitnehmerlager, wie die AfA, GewerkschaftsGrün, die CDA etc., müssen mehr Gehör finden.
- Durch gemeinsame Anstrengungen: Die Parteien und die Gewerkschaften müssen insgesamt attraktiver für die Jüngeren werden.



## Return

Thomas Fischer Abteilungsleiter Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand



### „Ist eine neue Parteiorientierung der Gewerkschaften notwendig und möglich?“

Bei der Frage, ob eine neue Parteiorientierung der Gewerkschaften notwendig ist, stimme ich im Wesentlichen mit meinem Vorredner darin überein, dass Anpassungen auf beiden Seiten notwendig sind, um sich programmatisch und praktisch wieder anzunähern. Die Analyse jedoch, die uns zu dieser Erkenntnis führt, bleibt umstritten. Denn die Dimensionen und Erscheinungsformen der Entfremdung der Gewerkschaften vom Parteiensystem sind sehr unterschiedlich und geprägt von:

- konfrontativer statt konsensualer Durchsetzung von Reformpolitik in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zwischen 1998 und 2007,
- „Postmaterialismus“ und Ausdifferenzierung des Parteiensystems (Bündnis90/Grüne),
- abnehmender Präsenz von Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären im Parlament (Abgeordnete mit Gewerkschaftsmitgliedschaft; Gewerkschaftsvorstände mit parteipolitischen Ämtern etc.),
- von Ausdifferenzierung des Wahlverhaltens der GewerkschafterInnen, v.a. zu Lasten der SPD.

Sind also die Gewerkschaften auf dem Weg zu „normalen“ Interessen- und Lobbyverbänden (noch mit privilegierten politischen Zugängen)? Findet in Deutschland eine Entfremdung der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie statt?

### Fragmentierung und Entfremdung der Gewerkschaften ist in vollem Gange.

Die relativierende Perspektive hierzu liegt im Vergleich zum europäischen Ausland (Schweden, England, Frankreich, Italien, Spanien), da wir in Deutschland vergleichsweise beständige Beziehungen zwischen Parteien und Gewerkschaften erleben und zwar obwohl wir

- einen Absturz gewerkschaftlichen Organisationsgrads erleben,
- eine Ausdifferenzierung des Parteiensystems (links der Mitte) sehen

- die Auflösung formaler Verbindungen Gewerkschaften – (Sozialdemokratische) Partei(en) erfahren.

All dies spielt sich ab, im Zuge einer Fragmentierung der Wirtschaft, die auch eine Fragmentierung der Gewerkschaftsbewegung mit sich bringt. Und vor dem Hintergrund der Entfremdung im Sinne einer „Content Alienation“, die Inhalte betreffend, und einer „Contact Alienation“, die Ziele betreffend.

Die „Sozialdemokratisierung“ der CDU macht es Gewerkschaftern einfach Distanz zu überwinden.

Doch es gibt auch Grenzen der Kooperation zwischen Gewerkschaften und Parteien. Und diese liegen in den gewerkschaftlichen Handlungsmaximen wie erstens der zunehmenden Fokussierung auf die Organisations- und Betriebspolitik. Gewerkschaftlicher Erfolg wird heute vor allem mit betrieblichem Erfolg definiert, da spielen die traditionellen sozialen Aspekte der Arbeitswelt nur noch eine untergeordnete Rolle. Und zweitens dem Mitgliedererhalt bzw. der Mitgliedererwerbung vs. gesellschaftspolitischer Mobilisierungspotentiale (z.B. PEGIDA, AfD).



**K.Gerlach:** Die Positionen zu den Ursachen der „Entfremdung“ und die Analyse sind also unterschiedlich. Doch es bleibt ja zum Schluss die Frage, wie ArbeitnehmerInnen wieder in die SPD zurückgeholt werden können?

**T.Fischer:** Es gibt ja Ansätze die Arbeitnehmerschaft wieder an die SPD zu binden und ich meine hier nicht nur die Beschäftigten in der Industrie. Ein zentrales Thema ist die Diskussion um die Zukunft der Arbeit, um Digitalisierung und Prekarisierung von Arbeit und die positive Gestaltung und Wendung dieser Trends. Hieran arbeiten verschiedene Ebenen in der SPD, die aber leider noch nicht genug miteinander kommunizieren. Ziel muss es sein unsere Kommunikation zu synchronisieren und die Kernaussagen herauszuarbeiten, die wir in SPD und Gewerkschaften gemeinsam haben.

**Dr. Neusser:** Der Schwund der Organisationsmacht auf beiden Seiten ist real – ganz gleich was die Ursachen sind. Dennoch bleiben genug gemeinsame Themen, zum Beispiel im Bereich der Bildung und Aufstiegschancen. Und auch programmatische Gemeinsamkeiten stützen die traditionelle Verbindung zwischen SPD und Gewerkschaft.

### Wo liegen die Chancen für SPD und Gewerkschaften?

Im politischen Gefüge zwischen Rot/Grün bilden Gewerkschaften oft wichtige Schnittstellen. Liegt hierin eine Chance?

**Dr. Neusser:** Aus meiner Sicht steht der Markenkern der SPD dem der Grünen und dem der Linken entgegen.

**T.Fischer:** Ich glaube hierzu müssen wir die Wahlen in Baden-Württemberg im März 2016 abwarten und schauen, welche Koalitionen sich ergeben.

### Warum verliert die SPD an Attraktivität für ArbeiterInnen?

Wie kann es sein, dass die CDU durch eine Sozialdemokratisierung an Attraktivität für Gewerkschafter gewinnt, aber die SPD an Anziehungskraft für die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft verliert?

**Dr. Neusser:** Achtung vor Begriffen wie Sozialdemokratisierung! Erfolg in der Attraktivität für ArbeitnehmerInnen setzt gute Programme und vor allem erfolgreiche KandidatInnen voraus – Angela Merkel, die personifizierte CDU, ist das beste Beispiel hierfür. Die CDU hat sozialdemokratische Themen gekapert und hat in den Augen der WählerInnen das bessere Personal.

**T.Fischer:** Vor allem in der Familienpolitik hat sich die CDU bei SPD-Themen bedient. Bei der Rente und beim Mindestlohn sind die Unterschiede aber noch erkennbar. Dennoch hat die SPD bei der Rente mit 63 zu lange um klare Positionen gerungen. So verunsichert man die bestehende und potenzielle Klientel, statt sie zu binden.

### Ist die Kooperation mit sozialen Bewegungen eine Gefahr oder eine Chance?

Bildet die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit sozialen Bewegungen wie Blockupy und Stop-TTIP eine Gefahr für die SPD? Besonders bei dem Thema TTIP haben Partei und Vorsitz ja eine eher schlechte Figur abgegeben. Im Ergebnis aber schafft eine Zusammenarbeit mit solchen Bewegungen ja keine politischen Mehrheiten, die mit der SPD hingegen schon.

**T.Fischer:** Die Kooperation mit Bewegungen wie Stop-TTIP bedeutet ja keine Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der SPD. Im Gegenteil, sie forciert die Ergebnisse im Sinne der Gewerkschaften innerhalb der Sozialdemokratie, sie ist auch ein Druckmittel.

**Dr. Neusser:** Die Kooperationen mit sozialen Bewegungen können notwendig und auch hilfreich sein, sie ersetzen jedoch nicht die klassischen Zugangskanäle über die Parteien, weil hierüber direkter politischer Einfluss möglich ist.

### In welchen Kanälen kann Zusammenarbeit gesichert werden?

Die SPD ist eine Partei mit guten Ideen aber schlechter öffentlicher Wahrnehmung. Die CDU ist eine Partei mit schlechten Ideen aber guter öffentlicher Wahrnehmung. – Woran liegt das? Die SPD-Verluste sind auch ein Erbe des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus. Das hat die SPD in Erklärungsnot und in eine Vertrauenskrise gebracht. Doch nach dem Generationenwechsel ist doch die Frage, mit welchen Strategien und Themen und in welchen Kanälen kann die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und SPD wieder gesichert werden?

T.Fischer: Direkt dazu. Nach der Wiedervereinigung erlebten wir entweder den kompletten Wegfall der Systeme oder eine Besetzung der Lücken durch die Linke. Und zum Thema Wahrnehmung und Persönlichkeiten, ja die SPD hat hier ein gewisses Nachwuchsproblem – aber das wird die CDU nach Merkel auch haben.

### Hilft die Kooperation SPD-Gewerkschaften gegen den Rechtsruck?

Im Umgang mit Mitgliedern, Mehrheiten und Nachwuchs sehe ich zwei Bereiche als problematisch an: Die Attraktivität für junge Wähler/Mitglieder und die neue Bandbreite der Parteienlandschaft. Zu den Jungen: Die Politik der Gewerkschaften ist eine Politik des Bestandsschutzes, dieser wird vor allem für Ältere erkämpft aber nicht für den Nachwuchs, weil die meist in prekären Arbeitsverhältnissen feststecken. Das gleiche gilt für Politikfelder wie die Rente. Wenn also die Jungen sehen, dass das System die Alten schützt, ihnen aber Nachteile bringt – warum sollten sie die wählen, bzw. sich da engagieren? Eine Alternativlosigkeit der Systeme aber wird heute nicht mehr akzeptiert. Was folgt ist die Orientierung auf extreme Bewegungen und Parteien vor allem aus dem rechten Spektrum. Die Aufgabe von SPD und Gewerkschaften sehe ich daher in der positiven Gestaltbarkeit und Orientierung auf Perspektiven. Dann verzeichnen beide auch Zugewinne an Mitgliedern und WählerInnen.

Dr. Neusser: Jugend engagiert sich heute anders, Individualinteressen stehen viel mehr im Vordergrund. Die Gewerkschaften kommen diesem Engagement-Ansatz entgegen, indem sie sich in die Welt der Mitglieder versetzen und daraus ein sehr pragmatisches Handeln ableiten. – Vielleicht auch ein Ansatz für die SPD?

K.Gerlach: Zusammengefasst machen all diese Fragen, Ansätze und Gedanken vor allem eines ganz deutlich: Der gemeinsame Austausch zwischen Partei und Gewerkschaft ist und bleibt wichtig. Dankeschön.

## „Kasseler Kreis Fachtagung 2015 – Ergebnisse und Ausblick.“

Stephanie Albrecht Stellv. Vorsitzende des Kasseler Kreises – FSG e.V.



Die Fachtagung hat uns einmal mehr vor Augen geführt, wie tief der Vertrauensverlust der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die SPD tatsächlich ist. Wir haben herausgearbeitet, dass dies ein Erbe der Agenda 2010 ist und wir erleben, dass dieser Verlust selbst durch neue Ansätze und Erfolge wie die Rente mit 63 und den Mindestlohn nicht auszubügeln ist.

### Austausch und Debatte bilden eine gute Grundlage für die Zukunft.

Wir haben auch erfahren, dass es nicht einfach ist, selbst auf Basis der vielfältigen Beiträge und Analysen, die wir hier gehört und diskutiert haben, eine Antwort auf die zentrale Frage der Fachtagung zu finden. Aber eben dieser Austausch und eine ehrliche Debatte bilden eine gute Grundlage zur Beantwortung, bei der wir wichtige gesellschaftliche Treiber wie die Digitalisierung und den demografischen Wandel nicht außer Acht lassen dürfen. In diesem Sinne werden wir die wichtige Arbeit des Kasseler Kreises weiterführen.

Wir danken ganz besonders der Friedrich-Ebert-Stiftung und der IG Metall, deren großzügige Unterstützung diese Fachtagung erst möglich gemacht hat. Wir danken außerdem allen FachreferentInnen und der Moderation für ihren unentgeltlichen und wertvollen Einsatz. Und wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die interessanten und konstruktiven Beiträge und Randgespräche.

## IMPRESSUM/KONTAKT

**Kasseler Kreis** - Forum sozialdemokratischer  
Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter e.V.  
c/o Knut Lambertin  
Elsa-Brändström-Str. 10  
D-13189 Berlin  
Web: <http://www.kasselerkreis.de>  
Email: [kontakt@kasselerkreis.de](mailto:kontakt@kasselerkreis.de)

Eingetragen im Vereinsregister  
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg Nr.: VR 31708 B

Verantwortlich im Namen des Kasseler Kreises: Knut Lambertin

Konzept & Text: Susanne Wohmann  
Layout & Grafik: Olivera Svrzic  
Fotografie: Mark Bollhorst

Gefördert durch: LOTTO STIFTUNG BERLIN



# FACHKONFERENZ 2015

5. – 6. Juni 2015, Berlin

Will und kann Parteipolitik die Arbeitnehmerinnen und  
Arbeitnehmer zurückgewinnen?

